

## Entwurf

### Brief an die Bundesregierung

Die Bundesregierung wird ersucht, die Gespräche, die wegen des Polizeieinsatzes unterbrochen waren, mit dem Kontaktkomitee wieder aufzunehmen.

In das Kontaktkomitee sollen mehrere Vertreter der in der Au befindlichen Naturschützer aufgenommen werden.

Als Gesprächsthemen werden von unserer Seite vorgeschlagen:

1. Verlängerung des "Weihnachtsfriedens", keine Gewaltanwendung in der Au, keine Behinderung der Verpflegung und sonstigen Versorgung.
2. Keine Rodung, keine Bauarbeiten, keine Vorbereitung auf Bauarbeiten, keine Zäune, keine Absperrung der Au.
3. Zustimmung der Bundesregierung zur Erklärung der Stopfenreuther Au als Teil eines Donau-March-Thaya-Nationalparks.
4. Neu überdenken des Planes eines Donaukraftwerkes. Abwarten bzw. Durchführen der folgenden rechtsstaatlichen Mittel:
  - 4.1. Behandlung des KLVB im Parlament
  - 4.2. Entscheidung des Höchstgerichts über eingebrachte Beschwerden
  - 4.3. Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, insbesondere hinsichtlich des Wiener Trinkwassers
  - 4.4. Durchführung eines Naturschutzverfahrens betreffend die Lobau
  - 4.5. Ergebnis der Vorerhebungen der Staatsanwaltschaft im Fall Brezovszky wegen Verdachtes auf Amtsmissbrauch
  - 4.6. Durchführung des bisher unterbliebenen Baurechtsverfahrens

5. Bei Neuüberdenken eines Donaukraftwerkes sollen neu geschaffene gesetzliche Grundlagen mit berücksichtigt werden, insbesondere
- Das Bundesverfassungsgesetz über umfassenden Umweltschutz
  - Die Novelle zum N.Ö. Naturschutzgesetz, welche eine Parteistellung der Gemeinden und einen Naturschutzanwalt vorsieht
6. Erhält das KLVB mehr als 500.000 Unterschriften soll auf dieser Grundlage eine Volksabstimmung stattfinden.